



**University of
Zurich**^{UZH}

**Zurich Open Repository and
Archive**

University of Zurich
University Library
Strickhofstrasse 39
CH-8057 Zurich
www.zora.uzh.ch

Year: 2014

Magdeburger Recht und Sachsenspiegel – Stadtrecht und Landrecht

Schott, Clausdieter

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich
ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-105459>
Book Section

Originally published at:

Schott, Clausdieter (2014). Magdeburger Recht und Sachsenspiegel – Stadtrecht und Landrecht. In: Pötschke, Dieter; Lingelbach, Gerhard; Feicke, Bernd. Das Burger Landrecht und sein rechtshistorisches Umfeld : zur Geschichte der Landrechte und ihrer Symbolik im Mittelalter von Rügen bis Niederösterreich. Berlin: Lukas-Verlag, 143-160.

Magdeburger Recht und Sachsenspiegel: Stadtrecht und Landrecht

I. Magdeburg: Metropole des Rechts

Die literarische Gattung der mittelalterlichen Weltchroniken erreichte mit dem 1493 jeweils in einer lateinischen und deutschen Version erschienenen „Liber Chronicarum“ bzw. „Buch der Croniken und Geschichten“ nochmals einen Höhepunkt. Das aufwändige, reich illustrierte Buch, ein Gemeinschaftsunternehmen von Nürnberger Patriziern, wird inzwischen meist nach seinem Kompilator Hartmann Schedel (1440-1514) als Schedelsche Weltchronik bezeichnet. Die Chronik versteht sich als universalhistorisches Geschichtswerk, das mit der Erschaffung der Welt beginnt und bis an die Gegenwart seiner Abfassung heranreicht. Entsprechend der Vorgabe Isidors von Sevilla (gest. 636) ist die Weltchronik in sechs Perioden unterteilt und lässt als siebtes Zeitalter das Erscheinen des Antichrists und das Jüngste Gericht folgen. Mit dieser Einteilung trifft sich die Chronik mit dem Zeitverständnis des Sachsenspiegels, wonach „ses werlde scolten wesen, de werlt bi dusent jaren op genomen, unde in' me sevenden scolde siu togan“.¹ Das sechste Zeitalter beginnt in beiden Quellen mit Christi Geburt und dauert beim Humanisten Schedel im Jahre 1493 immer noch an, während Eike von Repgow sich bereits in der ungewissen Endzeit sah: „An der sevenden sin we nu sunder gewisse tal.“ Es dürfte bezeichnend sein für die anbrechende Neuzeit, dass das Jüngste Gericht seine drohende Gegenwärtigkeit eingebüßt hatte.

In der umfangreichen chronikalischen Darstellung des sechsten Zeitalters ist Magdeburg eine aufwendige Doppelseite mit einer breiten authentischen Stadtansicht gewidmet.² Dabei erscheint es dem Chronisten unerlässlich, das Magdeburger Recht und den Sachsenspiegel als weltgeschichtlich relevant zu erwähnen. Es heißt dort: „Die burger daselbst haben und halten ein rechtbüch, der Sachsenspiegel genant, inen von dem großen kaiser Karls bestetigt. Daselbst hin auch die nahend gelegnen völker zu entscheidung irer sachen ir zuflucht haben.“³ Von dieser Formulierung weicht die lateinische Version in bemerkenswerter Weise ab: „Magistratus urbis ius civile romanorum abbreviatum et saxonica lingua conscriptum non sine reverentia custodit, quod magni Caroli auctoritate firmatum tradunt. Eoque in decisione causarum vicine gentes recurrunt, magna et venerabilis earum legum auctoritas habetur“ (Der Rat der Stadt hütet nicht ohne Verehrung ein verkürztes und in sächsischer Sprache verfasstes römisches Zivilrecht, welches ihnen von Kaiser Karl dem Großen bestätigt wurde. Dahin nehmen auch die benachbarten Völker bei der Entscheidung ihrer Rechtsstreitigkeiten ihren Zug. Groß und hochgeachtet gilt das Ansehen ihrer Gesetze).

Der Erwähnung von Magdeburgs Rechtsquellen und seiner entsprechenden Vorrangstellung schließt sich unmittelbar die Schilderung seiner diesbezüglich zur Schau gestellten Symbolik an: „Daselbs ist ein schöns pild Rolandi kaiser Karls gesyppten freunds, der ein überstarcker man was und nach großer mechtiger niderlag der feind, als er sein heer auß Hyspania in Galliam herwiderfüeret, von dem vasconischen volck in eym streit erschlagen wardt. Und dieser ist

¹ Sachsenspiegel I, 3, 1. Zitiert nach der Ausgabe *Karl August Eckhardt*, Sachsenspiegel Landrecht, (Monumenta Germaniae Historica, Fontes Iuris Germanici Antiqui, Nova Series I, 1), 3. Ausgabe, Göttingen/Frankfurt 1973, S. 72.

² Vgl. *Clausdieter Schott*, Weltgeschichte des Rechts – Das Recht in der Schedelschen Weltchronik, in: *Markus Stepan – Helmut Gebhardt* (Hg.), Zur Geschichte des Rechts. Festschrift für Gernot Kocher zum 65. Geburtstag, Graz 2007, S. 423-434, 429 f.

³ Blatt 180r.

der Rolandus der (als man sagt) zu seinen zeitten an stercke des leibs und größe des gemüets andere man weit übertroffen hat, also das seine starcke werck und übung in aller werlt gepreyset, gelobt und hohberümbt werden.“⁴

II. Europäischer Mittelpunkt

Mag zwar das Etikett „Europa“ inzwischen stark strapaziert sein, so drängt sich hier jedenfalls die europäische Dimension der zitierten Texte geradezu auf. Der Letztere weist zunächst einmal weit nach Westen, wo Karls Paladin Roland nach heldenhaften Taten im Kampf gegen die Heiden gefallen ist. Zur Zeit der Schedelsche Weltchronik war Rolands Grab in der Abtei Saint Romain in Blaye noch ein vielbesuchter Wallfahrtsort. Das nördlich von Bordeaux an der Garonne-Mündung gelegene Blaye war eine Zwischenstation auf dem Pilgerweg nach Santiago de Compostela. Im 17. Jahrhundert wurde die Abtei jedoch unter Ludwig XIV. platt gewalzt und durch eine Fortifikationsanlage ersetzt. Im Städtchen Blaye ist die Erinnerung an Roland heute kaum noch präsent und man pflegt dort lieber das Andenken an den liebeskranken Troubadour Jaufré Rudel. In nord- und ostdeutschen Landen und darüber hinaus ist dieser Roland dagegen zum steinernen Rechtsmal geworden, dessen Bedeutung 1589 der sächsische Chronist Johannes Pomarius (Baumgart) in seiner „Chronica“ wiederum für Magdeburg folgendermaßen beschreibt: „da ist solch bild eine anzeigung, das daselbst der stadt alle keyserliche privilegien, freyheiten und gerechtigkeiten, damit die stadt begnadet worden, noch frey und ungeschwecht bisher erhalten sein.“⁵ Die Schedelsche Weltchronik hat dem in der Vedute Magdeburgs durch eine überdimensionale Darstellung einer Rolandsäule Rechnung getragen.

Die Aussage des ersten Textteils weist nach Osten, wo sich ein äußerster Punkt mit Kiew markieren lässt. Dort befindet sich am Ufer des Dnjepr ein 1802 errichtetes Denkmal, dessen Inschrift an die Wiedereinsetzung des Magdeburger Rechts erinnert. Mit dem Denkmal dankt die Kiewer Bürgerschaft Zar Alexander I., der ihr die alten Selbstverwaltungsrechte wieder eingeräumt hatte, die unter dem absolutistischen Regime Katharinas II. aufgehoben worden waren.⁶ Der Raum zwischen Blaye und Kiew, d. h. zwischen Atlantik und Dnjepr, bildet gleichsam das gesamte kulturelle Europa und ziemlich genau in dessen Zentrum liegt die Rechtsmetropole Magdeburg. Der europäische Bezug wird im lateinischen Text der Weltchronik nochmals damit herausgestellt, dass das von der Stadt gehütete Rechtsbuch als eine Form des universalen römischen Rechts verstanden wird.

Für den Mittelpunkt Magdeburg gilt: Von Westen nimmt man, nach Osten gibt man. Das Geben wird im Magdeburger Weichbild, dem Rechtsbuch aus dem 13. Jahrhundert, folgendermaßen dargestellt: „Darum sollen all die von Polen und Behem und aus der Marck von Meissen und Lausitz und die aus der Marck zu Brandenburg und aus dem Hertzogthumb zu Sachsen und von der Graffschafft zu Aschersleben und alle die aus den Stedten, so darin begriffen sind, ir Recht zu Magdeburg holen.“⁷ Hermann Conring, der Begründer einer eigenständigen

⁴ Die lateinische Fassung weicht nur insoweit ab, als sie das Verwandtschaftsverhältnis Karls zu Roland mit „ex sorore nepos“ präzisiert.

⁵ *Johannes Pomarius*, *Chronica der Sachsen und Nidersachsen*, Wittenberg 1589. Vgl. *Dietlinde Munzel-Everling*, *Rolande. Die europäischen Rolanddarstellungen und Rolandfiguren*, Döbel 2005, S. 101 ff.

⁶ *Heiner Lück*, *Das Denkmal des Magdeburger Rechts in Kiew*, in: *Forschungen zur Rechtsarchäologie und Rechtlichen Volkskunde* 12, Zürich 1990, S. 109-119.

⁷ Zitiert wird hier und im Folgenden nach der Druckausgabe: *Sechsisch Weichbild, Lehenrecht und Remissorium*, Bautzen 1557. Zu dieser Stelle abweichend im Wortlaut die Edition: *Das Sächsische Weichbildrecht. Ius Municipale Saxonum*, hg. v. *Alexander v. Daniels* und *Fr. v. Gruber*, Berlin 1858, Sp. 79. Zur den Magdeburger Rechtsbüchern: *Ulrich-Dieter Oppitz*, *Deutsche Rechtsbücher des Mittelalters*, Bd. I: *Beschreibung der Rechtsbücher*, Köln/Wien 1990, S. 47f.

deutschen Rechtsgeschichte, hat diese Aussage 1647 in den Zusammenhang mit dem nord-deutschen Oberhofwesen gebracht, dessen Entstehung im 14. Jahrhundert er aus Schiedsverträgen freier Städte herleitete: „Eoque factum, ut Venedici soli praestantissimae quaeque urbes Lybecam hodieque provocent a sententiis suorum magistratum. Accessisse tamen et illud crediderim, quod illae urbes leges et statuta Lubeca, tanquam a matrice sua, acceperint : ut proinde in dubio hinc jus petere aequum sit creditum. Et vero hac potissimum ratione inductae olim Polonicae, Bohemicae, Marchiae Misnensis et Lusacenses urbes complures provocarunt ad Magdeburgi et Hallarum Saxoniarum amplissima quondam in id instituta tribunalia“ (So kam es, dass allein einige der hervorragendsten Wendischen Städte auch heute noch ihren Rechtszug von Urteilen ihrer Räte nach Lübeck nehmen. Meines Erachtens kam freilich hinzu, dass jene Städte ihre Gesetze und Statuten von Lübeck als gleichsam ihrer Mutterstadt übernommen hatten, infolgedessen man darauf vertraute, dass man von dort ein billiges Recht erlangen könne. Und hauptsächlich aus diesem Grund nahmen einst mehrere Städte ihren Rechtszug an die einst bedeutenden Gerichte in Magdeburg und Halle).⁸

Conrings These ist viel beachtet und zitiert worden. So hat eine spätere Schrift dessen Äußerung in der folgenden Weise phantasievoll, aber nicht ohne Missverständnis ausgemalt: „und weil die Venezianer aus Lübeck, die Polen und Böhmen aus Magdeburg, die Markgrafen von Meissen, Lausitz, Thüringen usw. ihre Gesetze aus Halle in Sachsen geholt gleichwie die Römer ihre Zwölftafelgesetze von den Griechen bezogen haben, so wurden in wichtigen Sachen auch Weisungen von diesen Orten erbeten, woher die Gesetze ihren Ursprung hatten.“⁹ Durch den Übersetzungsfehler sind die Maßstäbe ein wenig außer Verhältnis geraten. Der Serenissima Venedig wäre es gewiss kaum eingefallen, von der Adria an die Ostsee zu pilgern, um sich dort über das Recht informieren zu lassen.

Immer noch schmeichelhaft hoch gegriffen, wenn auch weniger absurd ist der Vergleich mit Rom: Nach einem Bericht von Livius soll es um 450 v. Chr. zwischen Patriziern und Plebejern zu Auseinandersetzungen gekommen sein, die man durch eine Gesetzgebung beizulegen gedachte. Man habe daher drei Gesandte nach Athen gesandt, um die „berühmten Solonischen Gesetze abzuschreiben und sich über Verfassung, Sitten und Rechte der anderen griechischen Städte zu informieren“. So sei es dann zu den berühmten römischen Gesetzen der Zwölf Tafeln gekommen. Mag hier mit großer Kelle angerichtet werden, so bleibt doch das Tertium comparationis plausibel. Damit will gesagt sein, dass die reale Vergleichsebene im Rechtstransfer zu sehen ist, der konkret als Übernahme von bereits vorhandenem Recht oder als Bewidmung mit solchem sowie als Einholen von Entscheidungshilfen in Erscheinung tritt. Greift man nämlich zu einem historischen Kartenwerk über Stadtrechte im Osten, so zeigt sich, dass der Raum zwischen Magdeburg und Kiew dicht übersät ist mit an die tausend Punkten, die den Transfer deutschen Rechts, und zwar eindeutig dominiert vom Magdeburger Recht, markieren.

III. Sachsenspiegel und Weichbild

Beim Thema „Magdeburger Recht und Sachsenspiegel“ sieht man sich immer wieder mit einem Bündel von Legenden und historischen Tatsachen konfrontiert. Dabei kommt es weniger darauf an, dieses zu entwirren, vielmehr zeigt gerade diese Durchmischung die zeitgenös-

⁸ *Hermann Conring*, *Dissertatio de Judiciis Reipublicae Germanicae habita X. Aprilis Anni 1647 respondente Christophoro Ulrico von Burgstorff Equite Marchico*, in: *Hermann Conring Opera*, hg. von *Johann Wilhelm Goebel*, Bd. II, Braunschweig 1730, S. 895, Nr. 96.

⁹ *Clausdieter Schott*, *Weistum und Oberhof – Der Rechtszug von Weiler nach Hilsbach*, in: *Worte des Recht – Wörter zur Rechtsgeschichte*, Festschrift für Dieter Werkmüller, Berlin 2007, S. 359-367, 362.

sische Sicht und Befindlichkeit, und diese ist als solche und wiederum als historisches Faktum hinzunehmen. In diesem Zusammenhang sei nochmals an den Text der Schedelschen Weltchronik erinnert, wo es heißt, dass die Bürger von Magdeburg ein Rechtsbuch haben, Sachsenspiegel genannt, das Karl der Große mit seiner Autorität versehen habe. Der Passus korrespondiert abermals mit dem Prolog des Sachsenspiegels, nach dem die christlichen Könige Konstantin und Karl das Recht gesetzt haben, von denen das Land Sachsen noch immer sein Recht herleitet („unde ok kerstene koninge gesat hebben: Constantin und Karl, an den Sassen lant noch sines rechten tut“).¹⁰ Damit treffen das Rolandstandbild und der Sachsenspiegel in der europäischen Integrationsfigur Karls des Großen in schier sagenhaft ferner Zeit zusammen.

Nach diesem Konzept erscheint der Sachsenspiegel identisch mit dem Magdeburger Recht. Das gilt indessen nur für das Landrecht. Das Lehnrecht wird als späterer gesetzgeberischer Akt, nämlich Friedrich Barbarossas gedacht, wobei fälschlicherweise das Roncalische Lehen-gesetz von 1154 mit dem Lehenrecht des Sachsenspiegels identifiziert wird. So heißt es in der Buch'schen Glosse: „Dy edelle koning Karl dy grote gaff dat landrecht und keyser Frederick gaff dat lenrecht.“¹¹ Auch dabei handelt es sich um legendäre Überlieferung bzw. Selbstwahrnehmung der mittelalterlichen Zeitgenossen, die in Eike von Repgow lediglich einen Übersetzer sahen, der den Sachsenspiegel vom Lateinischen ins Deutsche übertragen habe. Es erübrigt sich, hier auszuführen, dass die heutige Optik des Rechtshistorikers eine andere ist und dass die Ursprünge des Sachsenspiegels nicht bei einem mythischen Gesetzgeber zu suchen sind, sondern dass Eike als Verfasser einer zunächst lateinischen und sodann deutschen Version des gesamten Rechtsbuchs zu gelten hat.

Mag also der Text der Weltchronik suggerieren, dass das Landrecht des Sachsenspiegels und das Magdeburger Recht identisch sind, so sah man das freilich im Umkreis des Magdeburger Rechts differenzierter. Danach war der Sachsenspiegel das allgemeine Recht, aus dem das Magdeburger Recht als spezielleres hervorgegangen sein soll. Das ist für das damalige historische Verständnis durchaus folgerichtig, demzufolge das Landrecht des Sachsenspiegels Karl dem Großen zugeschrieben wird, während das spätere Magdeburger Stadtrecht auf ein Privileg Kaiser Ottos des Zweiten zurückgehen soll. In der Weichbildchronik aus der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts heißt es dazu von Otto II.: „Er gab auch den Herrn der Stadt Weichbildrecht nach dem ersten König Carolo.“¹² Die Glosse zu Art. 10 des Weichbildrechts führt dazu näher aus: „Der Rote König Otto, der bestetiget aber da zu Magdeburg das Weichbildrecht mit der Weisesten Rath nach irer selbs Wilkür und hies dasselb Recht aus dem Sachsenspiegel nemen und ausziehen, und satzte darzu, das in dem Sachsenspiegel so lauterlich nicht gesetzt was...“¹³

Wie schon erwähnt, bestimmt die Wissenschaft das Verhältnis von Magdeburger Recht und Sachsenspiegel inzwischen anders: Zwar ist die Weichbildvulgata erst im letzte Drittel des 13. Jahrhunderts entstanden, jedoch reicht das Weichbild im Sinne des Magdeburger Stadtrechts weiter zurück und ist damit älter als Eikes Sachsenspiegel. Dies ist schon daraus einsichtig, dass mit Magdeburger Recht andere Städte bereits vor der Entstehung des Sachsenspiegels bewidmet wurden.¹⁴ Stadtrecht und Landrecht gehen auf eine frühere, schriftlich nicht über-

¹⁰ Textus Prologi (wie Anm. xx), S. 52. Übersetzung nach *Ruth Schmidt-Wiegand*, in: Eike von Repgow, *Der Sachsenspiegel*, hg. von *Clausdieter Schott*, 4. Aufl. Zürich 2006, S. 30.

¹¹ Glossen zum Sachsenspiegel-Landrecht: Buch'sche Glosse Teil 1, hg. von *Frank-Michael Kaufmann*, Hannover 2002, S. 204, zu I, 14 § 1.

¹² Sechsisch Weichbild (wie Anm. xx): *Chronica de tempore creationis mundi*.

¹³ Sechsisch Weichbild (wie Anm. xx), B. 19v. Zur Weichbildglosse vgl. *Oppitz* (wie Anm. xx), S. 75 f.

¹⁴ Dazu *Rolf Lieberwirth*, *Die Wirkungsgeschichte des Sachsenspiegels*, in: *Kommentarband zur Faksimile-Ausgabe der Wolfenbütteler Bilderhandschrift des Sachsenspiegels*, Berlin 1993, S. 71 ff.

lieferte Landrechtsordnung zurück, wie immer diese geartet sein mochte. Beide sind also jüngere Zweige eines älteren Stammes. Landrecht wie Stadtrecht haben sich weiter entwickelt: Beim Stadtrecht mag dies ohne weiteres einleuchten, jedoch hat sich auch das Landrecht des Sachsenspiegels gerade im Neusiedelland weiter entfaltet.

IV. Beispiel: Prozessuale Formstrenge

Der unterschiedliche Entwicklungsverlauf lässt sich anschaulich etwa beim Verfahrensrecht beobachten. Der alte landgerichtliche Prozess spielte sich nicht in freier Rede und Gegenrede ab, sondern war an den Austausch starrer Sprechformeln gebunden. Verfehlte eine Partei ihre Formel oder versprach sie sich nur im Geringsten, so war für sie der Rechtsstreit schon verloren. Dieser Formalismus ist ein Charakteristikum früher Prozesse, wie solches auch aus dem römischen Legisaktionenverfahren bekannt ist. Man kann sich dieses Phänomen damit erklären, dass es noch lange schwierig war, verfeindete Parteien in ein gerichtliches Verfahren einzubinden. Gelang dies, so nur unter der strengen Voraussetzung, dass keine der Parteien unbe-rechenbare Vorteile hatte, oder positiv und bildlich ausgedrückt, dass beide mit gleich langen Spießen antraten.

Dieser Prozess ist eigentlich eine Spielform, in der die Regeln und Schritte festgelegt sind. Wer etwa beim Brettspiel die Figuren falsch bewegt – z. B. beim Schachspiel Turm und Läufer verwechselt – stört den Ablauf und zerstört das Spiel. Aus heutiger Sicht mag dies befremden, da es inzwischen eine Selbstverständlichkeit ist, dass das gerichtliche Verfahren dazu dienen soll, gerechtfertigte Ansprüche durchzusetzen. Im „archaischen“ Verfahren steht dieser Zweck aber nicht im Vordergrund, vielmehr gilt es zunächst, einen Konflikt zu lösen d. h. Frieden zu schaffen, wobei sich die Parteien auf das Gewinn- und Verlustspiel einlassen. Das Ganze liegt noch sehr nah beim gerichtlichen Zweikampf, den man irgendwann einmal mit der Vorstellung eines Gottesurteils verbunden hat.

Betrachtet man im Rahmen dieser Thematik den Sachsenspiegel, so zeigt sich rasch, dass sich dieser prinzipiell konservativ gibt, freilich mit gewissen relativierenden Zugeständnissen. Geradezu hingebungsvoll behandelt etwa Eike den ebenfalls stark regulierten, gerichtlichen Zweikampf, der sich neben einer minuziösen Beschreibung des Ablaufs durch das ganze Landrecht hindurch zieht. Obwohl der Zweikampf inzwischen längst kirchliche Missbilligung auf sich gezogen hat und man Eike bestimmt keinen kirchlichen Ungehorsam vorwerfen kann, ist bei ihm von Vorbehalten gegenüber dieser Art von Konfliktbereinigung nichts zu spüren. Für sein ritterliches Selbstverständnis handelt es sich hier eben um eine Art Streitbeilegung, bei welcher keiner sein Gesicht und seine Ehre verliert. Zweikampf ist sportliches Siegen und Verlieren.

Was den Prozess der Rede und Gegenrede angeht, so wurden die Konsequenzen eines strengen Formalismus nicht mehr durchweg als zeitgemäß empfunden. Nach dem Sachsenspiegel löste man das Problem dadurch, dass man den Parteien formelkundige Vorsprecher gab, deren mögliche Fehlleistungen die Parteien nachbessern konnten. Sachsenspiegel Landrecht I, 60 lautet: „Ohne Vorsprecher kann ein Mann wohl klagen und verklagt werden, wenn er den Schaden auf sich nehmen will, der ihm dadurch entstehen kann, dass er sich verspricht. Dies kann er dann nicht wieder gut machen, wie dies nämlich bei einem Vorsprecher möglich ist, wenn er dessen Wort nicht gutheißt.“ Eine weitere – geringfügige – Konzession macht der Sachsenspiegel beim Stotterer: „Wenn sich ein Stotterer verspricht, so kann er sich verbessern. Schädigt er als Vorsprecher einen andern, so kann der Schaden mit einem andern Vorsprecher wieder gut gemacht werden“ (I, 61, 3).

Durch die Einschaltung eines Vorsprechers wird im Prozess zwar das Risiko vermindert, jedoch wird das Verfahren insgesamt schwerfälliger, d. h. um einen Prozessschritt länger. Denn in Lanrecht I, 62, 7 wird bestimmt: „Der Richter soll immer den vor Gericht Stehenden fragen, ob er seines Vorsprechers Wort gutheiße, und zwischen der Rede der beiden Parteien das Urteil (der Schöffen) erfragen.“

Eine davon verschiedene prozessuale Optik zeigt demgegenüber das Magdeburger Stadtrecht. Die Konfliktmentalität der Kaufleute und Bürger war eine gänzlich andere. Für Sippenfehden und institutionelle Prestigewahrung konnten sie wenig Verständnis aufbringen. Ihnen ging es vorrangig um Forderung, Leistung und Zahlung. Die Formstrenge und deren Prozessgefahr, die so genannte „vare“, mussten ihnen als Beschwernis und altmodisches, nicht mehr sachgerechtes Brimborium erscheinen. Vor allem auswärtige Kaufleute, die mit den lokalen Rechtsförmlichkeiten nicht vertraut waren, konnten sich benachteiligt und abgeschreckt fühlen. Sollte der Magdeburger Umschlagplatz attraktiv bleiben, musste hier Abhilfe geschaffen werden. Schon die allererste normative Bestimmung, die wir zum Magdeburger Recht kennen, beseitigt daher den diesbezüglichen Formalismus. Durch Privileg vom Jahre 1188 bestimmte Erzbischof Wichmann, „dass die Beschränkung, die *vara* genannt wird, für alle Zeiten aufgehoben sein soll, ausgenommen nur bei Eiden, die bei einem Erwerb oder Verzicht zu leisten sind.“¹⁵

Dies bedeutete einen Einbruch in das herkömmliche Verfahren. Der Unterschied zum landrechtlichen Prozess des Sachsenspiegels ist offensichtlich. Wieweit sich durch die Öffnung im Magdeburger Verfahren der stadtrechtliche Prozess überhaupt umgestaltete und weiter entwickelte, muss hier dahingestellt bleiben. Zu vermuten ist aber, dass die Abschaffung des traditionellen Prozessformalismus eine neue Phase des Verfahrensrechts einleitete, indem nunmehr sachlichem Argumentieren Raum gegeben wurde. Typischerweise sollte es aber für die Eidesformeln auch nach dem Privileg bei der hergebrachten Formstrenge bleiben. Im Übrigen dürfte das Kaufleuten gewährte Privileg einer Befreiung von der *vare* im Zuge der Zeit gelegen haben: Heinrich der Löwe hat ein solches schon 1163 Lübeck, Kaiser Friedrich Barbarossa 1173 flämischen Kaufleuten und Wichmann den 1174 den Bürgern von Jüterbog gewährt.¹⁶ Offensichtlich sollten hier die rechtlichen Voraussetzungen für eine Ausdehnung des Handelsraums geschaffen werden.

V. Stadtrecht

Zurück zur unterschiedlichen Rechtswicklung. Das Beispiel aus dem Prozessrecht zeigt, dass Landrecht und Stadtrecht zwar die gleiche Ausgangslage haben, sich jedoch in verschiedener Richtung weiterentwickeln. Landrecht und Stadtrecht stehen für die beiden bedeutendsten Rechtskreise des Hoch- und Spätmittelalters. Umso erstaunlicher ist es, dass sich im Sachsenpiegel keinerlei Erwähnung oder Bezugnahme auf das Stadtrecht findet. Zwar erwähnt Eike eine Reihe sächsischer Städte, darunter auch Magdeburg, jedoch sind dies alles Pfalzen sowie Erzbischofs- und Bischofssitze (III, 62). Immerhin ist gelegentlich und am Rande von Burg, Stadt und Dorf die Rede, wobei aber unklar bleibt, ob mit dem Allerweltsbegriff „stat“ tatsächlich eine Stadt im Rechtssinne bezeichnet wird (II, 71, 2 und 5; III, 66, 2). Einmal er-

¹⁵ „Ut districtio, quae vara appellatur, solis iuramentis, que rebus obtinendis vel abdicandis fieri debent, exceptis perpetualiter postposita sit. Abgedruckt bei *Bernd Diestelkamp*, *Elenchus Fontium Historiae Urbanae* I, S. 154, Nr. 94.

¹⁶ Beispiele bei *Wilhelm Ebel*, *Recht und Form. Vom Stilwandel im deutschen Recht*, Tübingen 1975, S. 30; siehe auch *Diestelkamp* (wie Anm. xx), S. 141, 142. Kritisch, ohne allerdings den Quellenbefund bezweifelnd, *Peter Oestmann*, *Die Zwillingsschwester der Freiheit. Die Form im Recht als Problem der Rechtsgeschichte*, in: *Peter Oestmann* (Hg.), *Zwischen Formstrenge und Billigkeit – Forschungen zum vormodernen Zivilprozess*, Köln/Weimar/Wien 2009, S. 1-54, 29 f.

scheint zwar auch der Begriff „wichbelde“ (III, 87, 2), jedoch ist dieser Textteil ein später, nicht mehr von Eike verfasster Zusatz.

„Landrecht“ ist bei Eike kein Komplementärbegriff zum Stadtrecht, sondern zum ritterlich-adeligen Sonderbegriff des „Lehnrechts“, gelegentlich noch zum geistlichen Recht und zum Dorfrecht. Ausdrücklich ausgeschieden hat er auch das Recht der „Dienstleute“ unter Bischöfen, Äbten und Äbtissinnen (III, 42, 2). Im Sachsenspiegel gibt es nur Adlige, Dienstleute und Bauern. Man fragt sich also, wo die Bürger bleiben, zumal Eikes Familie nachgewiesenermaßen in Magdeburg Grundbesitz hatte.¹⁷ Es bleibt der Eindruck, dass in Eikes konservativer Vorstellungswelt das Bürgertum als eigene Lebens- und Sozialform gar nicht existiert. Aus seinem Blickwinkel sind Städte herrschaftliche Burgen, in denen die „Bürger“ eben Burgbewohner sind, eine Art Versorgungsmannschaft und als solche allenfalls Adressaten herrschaftlicher Privilegien. Für Eike sind die Bürger kein beachtlicher gesellschaftlicher Faktor, jedenfalls lassen sie sich keiner der von ihm angesprochenen Kategorien ernsthaft zurechnen. In seiner feudalen Denkweise ist der Verfasser des Sachsenspiegels entweder realitätsblind und auf eine alte Gesellschaftsordnung fixiert oder er ignoriert eine solche bewusst. Die Frage, in welchem Verhältnis Landrecht und Stadtrecht zueinander stehen, stellt sich für ihn gar nicht erst.

Sie stellte sich aber offensichtlich für Magdeburg und darüber geben die dort oder in deren Umkreis im 13. Jahrhundert entstandenen Rechtsbücher Auskunft, deutlicher noch die im letzten Drittel des 14. Jahrhunderts entstandene Weichbildglosse. Zum Magdeburger Weichbildrecht besteht nach wie vor Forschungsbedarf.¹⁸ Tatsächlich ist die Quellenlage schwierig. Die Glosse nennt als Verfasser des Weichbilds einen *Burgardus Mangelfelt professor theologie und doctor decretorum unde legum*,¹⁹ der freilich bis anhin nicht identifiziert werden konnte. Eine Verbindung zum römischen und kanonischen Recht war ausdrücklich angestrebt, was bei der Titulierung des rätselhaften Autors nicht erstaunt. So heißt es, dass dem Verfasser vom Kaiser aufgegeben war, „den Sachsenspiegel (zu) commentisieren und seine Satzung (zu) beweisen mit Legibus und mit Canonibus“.

Die Weichbildglosse dürfte im Gefolge der Buch'schen Sachsenspiegelglosse entstanden sein. Sie lehnt sich auch an deren römisch-rechtlich gelehrten Stil an. Erinnert man sich, dass der Sachsenspiegel überhaupt erst mit der Glossierung durch Johann von Buch die Bedeutung eines europäischen Rechtstextes erlangte²⁰, so wird auch der Stellenwert der Weichbildglosse einsichtig.

Die Erörterung des Verhältnisses von Landrecht und Weichbild wird in der Glosse eingeleitet mit der Feststellung, dass grundsätzlich neueres Recht älteres aufhebt, konkret: „Nachdem das denn den Sachsen ir Recht zuvor gesatzet was un auch den Landen bestettigt und nu dis Recht hernach sonderlich gesetzt ist und so denn ein ander Rechte gegeben wird, das eltest weichen muss.“²¹ Daraus ergibt sich konkret die Frage: „Nu fragen wir, ob der Sachsenspiegel damit abgelegt sey, seit diß Privilegium (sc. das Stadtrecht) über jenes (sc. das Sachsenrecht) gegeben ist.“ Die Glosse bezieht sich hier auf die dem römischen Recht entstammende Regel „Lex

¹⁷ Urkundenbuch der Stadt Magdeburg I, hg. von G. Hertel, Halle 1892 (Nachdruck Aalen 1975), Nr. 88.

¹⁸ ►► Kroeschell, Weichbild. Siehe bisher im Handwörterbuch zu Deutschen Rechtsgeschichte (HRG), 1. Aufl., Berlin 1971-1998: Stichwort „Magdeburger Recht“ (Buchda, Weichbild nur beiläufig erwähnt); Stichwort „Weichbild“ (Schmidt-Wiegand, nur philologisch behandelt), Stichwort „Weichbildglosse“ (Munzel, ausführlicher). Vgl. Oppitz (wie Anm. xx), S47 f., 75 f.; zusammenfassend auch Rolf Lieberwirth (wie Anm. xx) S. 75.

¹⁹ Glosse zu Art. 10

²⁰ Karl Kroeschell, Rechtsaufzeichnung und Rechtswirklichkeit. Das Beispiel des Sachsenspiegels, in: Recht und Schrift im Mittelalter, hg. von Peter Classen (Vorträge und Forschungen 23), Sigmaringen 1977, S. 349-380, ►

²¹ Glosse zu Art. 1., Blatt 1v.

posterior derogat legi priori“.²² Als einschlägige Quelle wird dazu gewöhnlich ein Modestinus-Fragment aus den Digesten angeführt.²³ Da es sich bei diesem jedoch um einen griechischen Text handelt und dieser folglich in den älteren Drucken und Handschriften nicht erscheint, kommt das Modestinus-Zitat als Referenz nicht in Frage. Vielmehr gelangte die Regel über das kanonische Recht in die mittelalterliche Gesetzgebungslehre. Dies zeigt eine Distinktion der Buch'schen Glosse zu Sachsenspiegel-Landrecht I, 14, 1, wo es heißt, dass bei mehreren Söhnen der Lehnsherr nach Lehnrecht nur einen Sohn mit des Vaters Lehen belehnen kann, dass dieses aber nach Landrecht allen Söhnen zusteht. Johann von Buch nimmt dies zum Anlass, sich über die Konkurrenz von Gesetzestexten auszulassen. Unter Berufung auf eine Dekretale Papst Bonifaz' VIII. von 1301²⁴ führt er zur Derogationregel aus: „War dy pawas oder dy keyser setten ein recht, dat wedder en ander recht were, so were dat oldeste affgelegt, allene dat he van afflegunge nicht enspreke [...] Na dem so scholde hi dat landrecht wiken, wen i dis elder wen id lenrecht.“²⁵

Zurück zur Frage, ob der Sachsenspiegel durch das Weichbildrecht nun abgelöst worden sei: „Hierzu sagen wir: Als die Stadt zu Magdeburg mit dem gegenwertigen Privilegium begnadet und bestetigt ist worden, da haben wir dis Privilegium mit Volwort der Fürsten und Keiser und des Lands aus dem Landrecht gezogen, das wir den Spiegel heißen. Damit wir uns aber des Landrechten und Lehenrechts noch des Sachsenspiegels nicht verziehen haben...“ Die Beziehung zwischen den beiden Rechtsquellen wird zunächst so gesehen, dass das Weichbild die allgemeineren Bestimmungen des Landrechts auf die lokalen Verhältnisse anpasst. Das Weichbild ist demnach *Lex specialis* gegenüber dem Sachsenspiegel: „das diß Privilegium etwas sonderlichs hab in im selbs.“ Als Beispiel wird die Urteilsschelte genannt, die nach Landrecht letztlich an den König (II, 12), nach Magdeburger Recht aber an die Pfalz geht. Die Urteilsschelte wird also grundsätzlich beibehalten, nur der Zugort wird entsprechend dem Magdeburger *Usus* modifiziert.

Ferner enthalte das Weichbildrecht eine ausführlichere Darstellung zu solcher Materie, die im Landrecht nur kurz abgehandelt sei. Somit diene das Weichbildrecht der Komplettierung des Landrechts: „So ist das Privilegium gesatz zu einer Erfüllung des Sachsenrechts, also ob in dem Landrecht ichts mit kurtzen Worten begrieffen wär, das man das in diesem gegenwertigen Buch deste volkömlicher vernemen möcht.“ Im dazu herangezogenen Beispiel wird der Landrechtsartikel II, 55 dem Weichbildrecht gegenüber gestellt wird. Die Bestimmung des Sachsenspiegels lautet: „Was der Bauermeister mit der Zustimmung der Mehrheit der Bauern zum Nutzen des Dorfes beschließt, dem darf die Minderheit nicht widersprechen.“ Die Weichbildglosse äußert sich dazu folgendermaßen: „Denn er hat in dem Landrecht kurtz gesatz lib. 2, art. 60 [55] ‚was der Bauermeister etc‘. Wiewol das er da hat berürt von dem, der der Gemeine vorstehen sol, so ists doch eigentlich nicht genug gethan mit den Worten, ob es gleich wol begrieffen ist volkömlich mit dem Sinne.“ Hier kommt noch deutlicher zum Ausdruck, wie sehr gelehrte Hermeneutik am Werk ist. In der knappen Regelung zur Verfassung des Dorfes vermag sich die Stadt Magdeburg nicht mehr zu erkennen und man füllt daher diese Lücke im Sinne der *Ratio* des Landrechts durch eine umfassendere Regelung aus.

²² Die Regel findet sich bereits bei Livius, *Ab urbe condita* 9, 34, 7. Zur Thematik, wieweit neues Recht altes Recht ersetzen kann, vgl. Armin Wolf, Die Gesetzgebung der entstehenden Territorialstaaten, in: Helmut Coing (Hg.), *Handbuch der Quellen und Literatur der neueren europäischen Privatrechtsgeschichte I: Mittelalter*, München 1973, S. 550 ff.

²³ Detlef Liebs, *Lateinische Rechtsregeln und Rechtssprichwörter*, 7. Aufl., München 2007, L 43; Gerhard Köbler, *Zielwörterbuch europäischer Rechtsgeschichte*, 5. Aufl., Gießen 2009, S. 577.

²⁴ c. 1 in VI de constitutionibus 1, 2. Das *Summarium* lautet: „Nova constitutio Principis tollit primam contrariam, quamvis id non exprimat.“

²⁵ Buch'sche Glosse (wie Anm. xx), S 204.

Umgekehrt ergehe sich das Landrecht gelegentlich in allzu wortreichen und überflüssigen Formulierungen, die das Stadtrecht begrifflich dann schärfer fasse. Die Glosse dazu lautet: „So ists darumb, das der Sinn, der in dem Landrecht über eine Sache an manchem End weit-leufftig gesetzt ist, der ist mit kurtzen Worten begrieffen allhie an einer Stadt.“ Gemeint ist damit auch, dass der Sachsenspiegel Bestimmungen enthält, für die man in der Stadt keine oder nur eine eingeschränkte Verwendung hat und die man daher kurz abtun kann. Ein Beispiel wird dazu nicht geliefert.

Schließlich resümiert die Weichbildglosse: „Durch dieser Ursach willen und anderer viel mehr, so ist dieses Privilegium bestetiget und ist aber nicht wider den Sachsenspiegel, sondern es ist mehr ein Ausweisung des Sechsischen Rechts.“ Die Gesetze bedürften der Kommentare, welche „dieselben erleuchten und auslegen“. Daher „ist auch diß Buch ein Commentarium des Sachsenspiegels. Und wenn man denn dis erkennt und weis, so hat man jenes deste ringer zu vernemen (verstehen). Und dies ist die Ursach dieses Buches.“ Nach diesem Verständnis ist das Weichbildrecht also lediglich eine Konkretisierung und Veranschaulichung des Sachsenspiegel-Landrechts, dessen Geltung selbst in keiner Weise in Frage gestellt wird.

VI. Spruchrecht

Bei aller Diskussion um Landrecht und Stadtrecht darf man nicht vergessen, dass die mittelalterliche praktische Rechtskultur schwerpunktmäßig eine Spruchkultur, d. h. primär Fallrecht – „case law“ – war. Landrecht war, was die Landgerichte als Recht erkannten, Stadtrecht war, wenn die Stadtgerichte Recht sprachen. Es ist aber eine romantische, wenn vielleicht auch nicht ganz falsche Vorstellung, dass die Schöffen aus einem reinen Rechtswissen heraus Recht sprachen. Das mochte in einfacheren Verhältnissen und vor allem dort, wo es lediglich um Verfahrensschritte ging, noch hingehen. Sobald jedoch das Recht an Komplexität zunahm, was für städtische wie für ländliche Verhältnisse gilt, musste auf informative Auskunftsmittel zurückgegriffen werden. Dies konnte geschehen durch Anfrage an rechtskundigen Stellen (Schöffenstühlen, Oberhöfen) oder durch Rückgriff auf schriftlich fixiertes Informationsmaterial. Letzteres umfasste ein breites Spektrum von Rechtsbüchern verschiedenster Art, Spruch- und Präjudiziensammlungen usw., wobei sich die Unterscheidung etwa in Stadt- und Landrechte, aber auch Gesetze oft relativiert.

Ein wichtiges, jedoch wenig erforschtes Gebiet ist die Frage, auf welchem intellektuellen und medialen Hintergrund die Schöffen urteilten, zumal jene die als Oberhof fungierten. Welche Vorbildung hatten sie? Wie arbeiteten sie sich in ihre Tätigkeit ein? Wie groß war der Arbeitsaufwand? Auf welche Rechtsprechungshilfen in Form von Entscheidungssammlungen – etwa in der Art der englischen und französischen „records“ – oder in Form von Rechtsbüchern, Remissorien, Abecedarien und sonstigen Sammlungen, konnte zurückgegriffen werden. Gerade Magdeburg hätte dafür die besten Informationen liefern können. Leider ist jedoch das Schöffenarchiv im großen Brand von 1631 untergegangen, so dass uns dieser Erkenntnisweg ein für allemal verschlossen bleibt. **Halle....**

Einen Eindruck mag die Vorrede des Breslauer Schöffen Kaspar Popplau (gest. 1499)²⁶ zu seinem Remissorium von 1490 geben.²⁷ Ein Remissorium ist ein alphabetisch angeordnetes Findbuch, das den Zugang zu vorhandenen Rechtsquellen erschließen soll. Popplau leitete das Tuchhandelsunternehmen seiner Familie und gehörte der städtischen Oberschicht an. Er bekleidete verschiedene öffentliche Ämter: Schöffe beim Stadtgericht, Beisitzer des Breslauer

²⁶ Zur Person: *Renate Schelling-Schiewer*, Popplau, Kaspar, in: *Die deutsche Literatur des Mittelalters, Verfasserlexikon* 7, 2. Aufl. 1989, Sp. 785 ff.

²⁷ *Oppitz* (wie Anm. xx), S. 79. *Dietlinde Munzel*, HRG Stichwort „Remissorien“.

Hof- und Mannengerichts (Landgericht). Ferner war er auch Mitglied des Rats. Die Bescheidenheitsformel der Vorrede darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass er über einen Bildungshintergrund verfügte. 1454 ist er als Student der Universität Krakau nachgewiesen und er scheint auch entgegen seiner Beteuerung Lateinkenntnisse gehabt zu haben. Die lange Vorrede²⁸ lautet in heutige Sprachform übertragen folgendermaßen:

„Da ich Unwürdiger zum Schöffem im Stadtgericht gewählt und auch ins Landgericht bestellt worden bin und somit Urteile finden und sprechen muss, jedoch so dass meine Unwissenheit den Leuten und Gerichtsbeisitzern nicht zum Schaden gereiche und dass ich nicht nur aufs Geratewohl oder nach Belieben Urteil finde und, obwohl ich ungelehrt bin und das lateinische Kaiserrecht nicht lesen und verstehen kann, so habe ich mir doch den deutschen Sachsenspiegel vorgenommen und durchgelesen mitsamt der auf kaiserlichem und geistlichem Recht beruhenden Glosse, ferner das Weichbildrecht mit der Glosse, das Lehenrecht und dessen Glosse, dann das Landrecht, das die ehrbaren sechs Männer, drei vom Land und drei von der Stadt Breslau, nach des Königs Johann Anordnung auf der Grundlage des Sachsenspiegels verfasst, in kleinere Kapitel umgesetzt und durch einige besondere Kapitel ergänzt im Jahre 1356 diesem Land als Recht gesetzt haben. Desgleichen habe ich gelesen das Breslauer Stadtrecht, das der gute Herzog Heinrich (von Schlesien) von den Bürgern von Magdeburg erhalten und 1251 seiner Stadt Breslau bestätigt hat. Auch habe ich aufs Genaueste gesichtet die Stadtprivilegien und etliche Satzungen. Dazu habe ich mehr als 1600 Urteile gesammelt und in Buchform gebracht, nämlich Urteile der hochweisen Schöffem von Magdeburg und der ehrbaren Mannen zu Dohna sowie etliche Breslauer Urteile nebst etlichen Privilegien und Satzungen, dazu ferner 300 Regeln des Kaiserrechts.“

Popplau bietet hier einen ganzen Thesaurus an Rechtserkenntnisquellen. Wie in der Vorrede angesprochen, hat er darüber hinaus selbst ein Rechtsbuch verfasst, genannt „Der Rechte Weg“²⁹, in welchem unter anderem zahlreiche Schöffensprüche aus Magdeburg, Breslau, Leipzig, Halle, Liegnitz, Oels und Dohna erfasst sind. Popplaus Vorrede wie überhaupt seine Werke sind bedeutende Dokumente für das spätmittelalterliche Schöffemprofil und den Rechtsstil der Land- und Stadtgerichte.

VII. „Stadtrecht und Landrecht“

Zum Schluss sollen nochmals die Begriffe Stadtrecht³⁰ und Landrecht³¹ in Augenschein genommen werden. Grundsätzlich bedeutet Landrecht das Recht, das im Lande gilt, und es grenzt sich ab von Sonderrechten. Wo sich ein Sonderrecht ausbreitet, wird es als solches nicht mehr wahrgenommen, sondern steht neben dem Landrecht. Das gilt vor allem für das Stadtrecht. So heißt es in Art. 1 des Weichbilds: „Das Recht ist dreierley: Gottes Recht ist das erst, Marck(t)recht das ander, Landrecht das dritte.“³² Zum Marktrecht wird näher ausgeführt: „Marktrecht ist dieses, das die Marktleute hievor bey den alten Gezeiten untereinander gesetzt haben von ir selbs Wilkür (von alter Gewohnheit) nach Karolus Recht als die von Cöln über Rhein, die von Magdeburg und ander guten Stedt.“ In einem lateinischen Paralleltext des 15. Jahrhunderts wird das Marktrecht mit „ius civile et municipale“ wiedergegeben.³³ Nach der Glosse ist Marktrecht „Stadtrecht“ und „diß ist ius civile genant ubd heist darumb Stadtrecht, das es ein jegliche Stadt selbs wilkört von göttlicher Anweisung nach irem Gutdüncken“.

²⁸ Text nach *E. Th. Gaupp*, Das schlesische Landrecht oder eigentlich Landrecht des Fürstentums Breslau von 1356 an sich und seinem Verhältnisse zum Sachsenspiegel dargestellt, Leipzig 1828, S. 211 f.; vgl. auch *Claus-dieter Schott*, Rechtsgeschichte – Texte und Lösungen, 8. Aufl., Zürich 2001, S. 134 ff.

²⁹ *Friedrich Ebel* (Hg.), Der Rechte Weg. Ein Breslauer Rechtsbuch des 15. Jahrhunderts, Köln 2000.

³⁰ Überblick in HRG Stichwort „Stadtrecht“ (*Gerhard Dilcher*)

³¹ Überblick in HRG Stichwort „Landrecht“ (*Adolf Laufs* und *Klaus-Peter Schroeder*).

³² Im Druck steht „Marckrecht“, in der Edition v.*Daniels/v.Gruben* richtiger „Marktrecht“ (wie Anm.xx), Sp. 63.

³³ v.*Daniels/v.Gruben* (wie Anm. xx), Sp. 64. Vgl. *Oppitz* (wie Anm. xx), S. 48.

„Willkürrecht“ bedeutet, „das die Stedt einen Teil halten nach dem gemeinen Recht und ein Teil nach irer selbst Wilkür.“ Mit „gemeinem Recht“ dürfte hier wohl das Landrecht gemeint sein.

Die dritte Art von Recht ist „Landrecht“, das hier allerdings nicht eigentlich auf den Sachsenspiegel bezogen wird: „Landrecht ist dis, das die Landleut unter in selbst gesetzt haben.“ Die lateinische Fassung spricht von „ius provinciale“³⁴. Nach der Glosse handelt es sich dabei freilich um das „ius gentium, und ist des Volcks gemein Recht, das Recht ist auch gemein allen Leuten.“³⁵ Es „heist darumb des Volcks Recht, weil es alle Völcker halten“. Es hat „seinen Ursprung von dem natürlichen Rechten“ und das Naturrecht ist wieder „Gottes Recht“.

Diesem „dreierlei Recht“ werden in der Weichbildglosse nochmals drei weitere Unterscheidungen angefügt, nämlich „Ritterrecht, das wir auch Lehenrecht heißen“, „offenberlich Recht (ius publicum)“ und „Römisch Recht (ius quiritum)“. Bemerkenswert ist dabei, dass das Lehenrecht hier nicht mehr als Gegenstück zum Landrecht verstanden wird, sondern in eine marginale, nahezu erratische Position geraten ist.

Die hier vorgenommene Unterteilung liegt offenkundig auf einer ganz anderen Diskursebene als der Text des Weichbilds. Sie scheint aber zu versuchen, eine Verbindung zum „bodenständigen“ Sprachverständnis herzustellen. Der Glossator demonstriert damit theologische und juristische Gelehrsamkeit, indem er in Kürze die christliche Lehre von der Normtrias wiedergibt und sich gleichzeitig an der Rechtsquellenlehre der römischen Institutionen orientiert.³⁶ Das Ganze hinterlässt einen gekünstelten Eindruck und wirkt durch die Vermengung der Textsorten eher verwirrend als klärend. Im Übrigen sind die belehrenden Ausführungen des Verfassers keineswegs originell, sondern sind weitgehend eine Anlehnung an den Buch'schen Glossentext zum Sachsenspiegel³⁷. Dieser erweist sich seinerseits größtenteils wiederum als eine Übernahme des Titels „De iure naturale et gentium et civile“ der Justinianischen Institutionen³⁸, angereichert um biblisches und kanonistisches Textgut.

Die Weichbildglosse zeigt, dass der Begriff des Stadtrechts mehr Konturen aufzuweisen hat als der Begriff des Landrechts. Wie sehr Letzterer variieren kann, sei schließlich an einem Beispiel illustriert, das allerdings geografisch, nicht aber sachlich weitab vom sächsischen Rechtsraum genommen ist. Nach dem Landrecht des Sachsenspiegels hat der Fronbote, der als Henker amtiert, das Recht, jeden zehnten Hinrichtungskandidaten zu begnadigen und ihm gegen Lösegeld die Freiheit zu geben (III, 56, 3).³⁹ Der bedeutendste Ableger des Sachsenspiegels ist der so genannte Schwabenspiegel, der erst seit dem 17. Jahrhundert in Abgrenzung zum norddeutschen Sachsenspiegel so genannt wird. Das süddeutsche Rechtsbuch bezeichnet sich selbst meist als „Kaiserrecht“⁴⁰ und führt seinen Ursprung wie der Sachsenspiegel auf Kaiser Karl dem Großen zurück. Der Schwabenspiegel besteht wie sein Vorbild aus einem Landrecht und einem Lehnrecht. Vom Elsass bis Schlesien und insbesondere in der Schweiz repräsentierte er das „Landrecht“ schlechthin und trat sogar zum Sachsenspiegel in Konkurrenz. Das oben erwähnte Zehntrecht des Fronboten wird nun vom Schwabenspiegel übernommen und es heißt von den Henkern: „unde ist ir reht, alse einer nun mannen oder wi-

³⁴ v. Daniels/v. Gruben (wie Anm. xx), Sp. 64

³⁵ Blatt 2v.

³⁶ Institutionen I, 2.

³⁷ Wie Anm. xx, S. 111 ff.

³⁸ Inst. 1, 2.

³⁹ Vgl. Manfred Neidert, Das Recht des Fronboten auf den Henkerszehnt: eine Untersuchung des Lösungsrechts nach Sachsenspiegel 3.56.3 und verwandten Rechtsquellen, Frankfurt a. M. 1982.

⁴⁰ Dazu grundlegend Hermann Krause, Kaiserrecht und Rezeption (Abhandlungen der Heidelberger Akademie der Wissenschaften, Phil.-hist. Klasse 1952/1), Heidelberg 1952, insbes. S. 87 ff.

ben den lip genimet, so ist der zehnde sin, den loese man von im, als er statte an im vinde“.⁴¹ Soweit die Vorgeschichte.

1444 führte Zürich zusammen mit Österreich gegen Schwyz und die Eidgenossen Krieg. In dessen Verlauf belagerten die Eidgenossen die zürcherische Burg Greifensee, deren Besatzung sich schließlich ergeben musste. Der Kriegsrat verurteilte die gesamte Besatzung zum Tode und der Henker musste sogleich mit seiner blutigen Tätigkeit beginnen. Nach dem Bericht des Chronisten Gerold Edlibach (1485/86)⁴² hatte jedoch der Scharfrichter großes Erbarmen mit den Gefangenen. Als er nun an den zehnten Mann kam, hielt er inne und meinte, „den nach *kaiserlichem rechten* (also nach Schwabenspiegel) zu zehnten zu nemmen“. Da aber erklärte der Schwyzer Hauptmann: ‚Wir han *landrecht*, darum richt für dich und schwig‘.“ Bei jedem zehnten Mann wiederholte sich der Vorgang. Schließlich wurden alle 62 Leute enthauptet. Darf auch das Beispiel nicht überbewertet werden, so zeigt es doch, wie selektiv der Begriff „Landrecht“ gehandhabt werden konnte.⁴³ Dieser Exkurs führt insofern wieder auf das Ausgangsthema zurück, als die Augsburger Minoriten, in deren Kreis der Verfasser des Schwabenspiegels zu suchen ist, enge Beziehungen zu den rechtskundigen Magdeburger Minoriten pflegten, was die Vermutung nahe legt, dass der Transfer des Sachsenspiegels nach Süddeutschland auch diesen Weg genommen hat.⁴⁴

⁴¹ Art . 126, zitiert nach der Ausgabe *Frhr. v. Lassberg*, 1840 (Neudruck Aalen 1961), S. 62.

⁴² *Gertraud und Rudolf Gamper*, Edlibach, Gerold, in: Historisches Lexikon der Schweiz ►

⁴³ *Clausdieter Schott*, Wir Eidgenossen fragen nicht nach Barteile und Baldele, in: Gerichtslauben-Vorträge. Freiburger Festkolloquium zum 75. Geburtstag von Hans Thieme, hg. von *Karl Kroeschell*, Sigmaringen 1983, S. 17-45, 30 f.

⁴⁴ *Karl Kroeschell*, Rechtswirklichkeit und Rechtsüberlieferung. Überlegungen zur Wirkungsgeschichte des Sachsenspiegels, in: Text-Bild-Interpretation. Untersuchungen zu den Bilderhandschriften des Sachsenspiegels, hg. von *Ruth Schmidt-Wiegand*, I, Textband, München 1986, S. 1-10, 7.